
Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
Versicherter Personenkreis	<u>02</u>
Arbeitsunfall	<u>04</u>
Wegeunfall	<u>10</u>
Berufskrankheiten	<u>13</u>
MdE / Rente / haftungsausfüllende Kausalität	<u>16</u>
Heilbehandlung / sonstige Leistungen / allgemeines Leistungsrecht (SGB I)	<u>18</u>
Zuständigkeit / UV-Pflichtmitgliedschaft	<u>20</u>
Beitrag	<u>20</u>
Regress / Haftungsbeschränkung	<u>21</u>
Verwaltungsverfahren (SGB X)	<u>21</u>
Sozialgerichtsverfahren (SGG)	<u>22</u>
Sonstiges Verfahrensrecht	<u>23</u>
Hinterbliebenenleistungen	<u>23</u>

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Versicherter Personenkreis

- 05 Besprechung der Entscheidung des BSG vom 30.03.2023 – B 2 U 3/21 R – Schüler steigt auf dem Heimweg auf das Dach einer Lok und erleidet einen Stromschlag – BSG erkannte Schülerunfall an – kritische Auseinandersetzung mit der Argumentation des BSG – Fazit der Autoren, dass das BSG in seiner Bewertung erheblich von früheren Entscheidungen abweicht und Tendenz erkennen lässt, bestimmten Gruppen (Ehrenamt, Schüler) im Zweifel einen umfangreicheren Unfallversicherungsschutz zukommen zu lassen – Hinweis auf Aufsatz von Wolfgang Römer und Eric Zimmermann, Die Helikoptierung des surfenden Schülers – DOK 311.082:372.12:374.26:374.286 [239 - 240](#)
- 06 Schnittverletzung beim Zusägen von Baumscheiben– Elternbeiratsmitglied verletzt sich auf eigenem Grundstück – Versicherungsschutz als ehrenamtlich Tätiger nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 a SGB VII – der Schutz ehrenamtlich Tätiger erstreckt sich ohne zeitliche und örtliche Begrenzung auf alle Tätigkeiten “für“ die im Gesetz genannten Einrichtungen – fehlende Einwirkungsmöglichkeiten auf dem Privatgrundstück des Klägers sind ohne Auswirkungen auf den Versicherungsschutz – Urteil des BSG vom 05.12.2023 – B 2 U 10/21 R – DOK 311.10 [269 - 279](#)
- 06 Unfall auf Heimweg nach einer IRENA-Sport Behandlung auf Kosten der DRV – kein Versicherungsschutz gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15 a SGB VII, da keine Leistung zur medizinischen Rehabilitation – vielmehr Maßnahme der Nachsorge – auch keine analoge Anwendung der Norm auf diesen Sachverhalt – Revision eingelegt – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 11.01.2024 – L 21 U 180/21 – DOK 311.151 [280 - 290](#)
- 07 Unaufgefordertes Anheben eines Motorrades nach selbst verursachtem Anprall – Fraktur des 4. Lendenwirbelkörpers – zwei getrennt voneinander zu beurteilende Ereignisse – Anstoß an das Motorrad mit PKW ist kein geeigneter Mechanismus die Fraktur des 4. Lendenwirbelkörpers der Klägerin zu verursachen – beim Aufrichten des Motorrades Arbeitsweg nicht nur geringfügig unterbrochen – kein Versicherungsschutz als Wie-Beschäftigte nach § 2 Abs. 2 Satz 1 SGB VII – Handlungstendenz der Klägerin ausschließlich [315 - 324](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski,
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

darauf gerichtet ihrer aufgrund der vorhergegangenen Schädigungshandlung bestehenden zivilrechtlichen Schadensminderungspflicht nachzukommen – es fehlt an der erforderlichen fremdwirtschaftlichen Zweckbestimmung – zudem fehlen des wirklichen oder mutmaßlichen Willens – keine Anhaltspunkte dafür, dass das sofortige Anheben im Interesse des Fahrzeughalters war – Urteil des Thüringer LSG vom 19.10.2023 – L 1 U 631/22 – DOK 312

- 09 Unfall bei Fahrt zur Krankengymnastik – kein Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 15 a SGB VII – hier ambulante Behandlung mit Heilmittel – Fehlen eines komplexen Behandlungsplans – Urteil des LSG Thüringen vom 25.01.2024 – L 1 U 365/22 – DOK 311.151

[416 - 420](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Arbeitsunfall

- 02 Blutspender schädigt sich bei der Einnahme am vom Blutspendedienst bereitgestellten Essen einen Zahn – Kostenerstattung der Zahnbehandlung analog § 13 SGB V scheitert daran, dass weder eine unaufschiebbare Leistung nicht rechtzeitig erbracht worden ist, noch eine Leistung zu Unrecht abgelehnt wurde – im Übrigen auch kein Versicherungstatbestand erfüllt – denn für Nahrungsaufnahme nach dem Blutspenden gibt es keine medizinische Notwendigkeit – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 17.08.2023 – L 6 U 88/22 – DOK 311.132:375.2:412.13 [31 - 40](#)
- 02 Tödlicher Unfall eines Versicherten auf einem abschüssigen Waldweg – typischen Beweisschwierigkeiten bei einem tödlichen Unfallereignis eines allein tätigen Versicherten ohne Unfallzeugen ist im Rahmen der Beweiswürdigung Rechnung zu tragen – Versicherter befand sich auf einem versicherten Arbeitsweg – Umweg wegen Zweck und Geringfügigkeit noch versichert – Unterbrechung des versicherten Weges durch Abbiegen in einen Waldweg – Verrichten der Notdurft private Tätigkeit – Aufhalten des während der Unterbrechung wegrollenden Fahrzeugs führt nicht zum vorzeitigen Aufleben des Versicherungsschutzes – Grundsätze zu einem Fortbestehen des Versicherungsschutzes bei einer pannenbedingten Reparatur auf einem Arbeitsweg nicht anwendbar – Revision zugelassen – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 25.09.2023 – L 1 U 1485/23 – DOK 372.12:374.28 [41 - 53](#)
- 03 Unfall einer Bestattungsfachkraft auf dem Rückweg von einem Bestattungsvorsorgegespräch in die Filiale seines Arbeitgebers – versicherter Betriebsweg nach § 8 Abs. 1 SGB VII – zum Unfallzeitpunkt war die Handlungstendenz des Klägers auf das Tanken seines Fahrzeugs gerichtet – verbrauchsbedingtes Auftanken eines Pkw gehört als typische Vorbereitungshandlung in der Regel zu der rein eigenwirtschaftlichen Risikosphäre des Versicherten und unterfällt nicht der Wegeunfallversicherung – Tanken auf einem Betriebsweg ist bei natürlicher Betrachtungsweise aber als Teil der versicherten Tätigkeit anzusehen – es gibt keine Beweisregel, dass frühere Angaben einen höheren Beweiswert haben – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 11.12.2023 – L 2 U 27/23 – DOK 371.11 [89 - 97](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski,
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
06 Anerkannter Arbeitsunfall – Klage auf Feststellung einer weiteren Gesundheitsstörung rechtskräftig abgewiesen – Überprüfungsverfahren gemäß § 44 SGB X – Berufsgenossenschaft nicht mehr berechtigt weitere Gesundheitsstörung als Folge des Arbeitsunfalls festzustellen – Beteiligte sind, anders als bei einer Klage, die auf Verpflichtung des UV-Trägers zur Feststellung des Arbeitsunfalls gerichtet ist, an die gerichtliche Entscheidung gebunden – Bindungswirkung des Feststellungsurteils – Berufung aber auch unabhängig von der Bindungswirkung unbegründet – Wirbelkörperkompressionsfraktur beim LWK 1 nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit auf Unfallereignis zurückzuführen – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 14.12.2023 – L 3 U 168/19 – DOK 143.261:375	241 - 268
07 Unaufgefordertes Anheben eines Motorrades nach selbst verursachtem Anprall – Fraktur des 4. Lendenwirbelkörpers – zwei getrennt voneinander zu beurteilende Ereignisse – Anstoß an das Motorrad mit PKW ist kein geeigneter Mechanismus die Fraktur des 4. Lendenwirbelkörpers der Klägerin zu verursachen – beim Aufrichten des Motorrades Arbeitsweg nicht nur geringfügig unterbrochen – kein Versicherungsschutz als Wie-Beschäftigte nach § 2 Abs. 2 Satz 1 SGB VII – Handlungstendenz der Klägerin ausschließlich darauf gerichtet ihrer aufgrund der vorhergegangenen Schädigungshandlung bestehenden zivilrechtlichen Schadensminderungspflicht nachzukommen – es fehlt an der erforderlichen fremdwirtschaftlichen Zweckbestimmung – zudem fehlen des wirklichen oder mutmaßlichen Willens – keine Anhaltspunkte dafür, dass das sofortige Anheben im Interesse des Fahrzeughalters war – Urteil des Thüringer LSG vom 19.10.2023 – L 1 U 631/22 – DOK 312	315 - 324
07 Unfall beim Verbringen des Kindes zu einem gemeinsamen Treffpunkt anderer Schulkinder – kein Verbringen des Kindes wegen der Berufstätigkeit in fremde Obhut i. S. d. § 8 Abs. 2 Nr. 2a SGB VII – die Sicherheitsinteressen der Tochter sind als eigenwirtschaftlich im unfallversicherungsrechtlichen Sinne zu werten – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 22.02.2024 – L 10 U 3232/21 – DOK 372.61	325 - 334
07 Der Verfasser meint, dass die gängigen Kausalitätsmodelle im unfallversicherungsrechtlichen Kontext nicht überzeugend sind – die Behandlung von Vorschäden sei im Vergleich zur rechtlichen Behandlung von alltäglichen Ereignissen am Arbeitsplatz sowie die	342 - 343

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- Handhabung von verbotswidrigem Verhalten (§ 7 Abs. 2 SGB VII) zu streng – fordert zum Nachdenken über Kausalität auf – Hinweis auf Aufsatz von Laurenz Mülheims – Plädoyer für ein Nachdenken über Kausalität – Gedanken zum Abschied der Vorschädigung als Ablehnungsgrund für einen Arbeitsunfall – DOK 375
- 08 Unfall im Heizungskeller eines privaten Wohnhauses – Defekt der Heizungsanlage – Arbeiten eines selbständigen Busunternehmers im Homeoffice – Prüfung der Heizungsanlage objektiv auch im Interesse der weiteren Bürotätigkeit – Heizungsanlage stellt eine betriebliche Einrichtung dar, deren Betriebsgefahr sich hier verwirklicht hat – nicht mehr maßgeblich ist der Ort des Unfalls und seine Zweckbestimmung – geänderte Bewertung der Zurechnung versicherter Tätigkeiten bei Arbeiten im häuslichen Bereich – Urteil des BSG vom 21.03.2024 – B 2 U 14/21 R – DOK 322:370.2:374.24 [350 - 360](#)
- 08 „Sprung“ eines 17-jährigen Schülers aus einem Toilettenfenster 6 Meter in die Tiefe – 30 Minuten vorher „Lehrergespräch“ wegen unangemessenen Schülerverhaltens – Gespräch und anschließender affektiver Ausnahmezustand mit Sprung aus dem Fenster sind Unfall und Gesundheitserstschaden – der Umstand, dass psychische Beeinträchtigung nur vorübergehend war und keinem gängigen Diagnosesystem zugeordnet werden kann, ist unmaßgeblich – Schutzbereich der Schülerunfallversicherung verlangt eine weite Definition der Begriffe „regelwidriger Körperzustand“ und „Gesundheitserstschaden“ – Urteil des Bayerischen LSG vom 29.01.2024 – L 3 U 10/22 – DOK 374.11 [371 - 397](#)
- 09 Fraglicher Arbeitsunfall aufgrund telefonischer Todesdrohungen – Einwirkungsereignis nicht nachgewiesen, wenn nach Bedrohung die zuständige Stelle informiert und normal weitergearbeitet wird – ebenso fehlt es an einem nachgewiesenen Gesundheitserstschaden – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 19.10.2023 – L 10 U 129/23 – DOK 370.3 [421 - 434](#)
- 09 Sturz im Rahmen eines dienstlichen Türkeiaufenthalts bei betrieblicher Tätigkeit ohne Fremdeinwirkung – Genaue Umstände des Sturzes unklar – keine Erinnerung des Klägers an den Sturz – anstrengende und belastende Arbeitsbedingungen (große Hitze, hockende Position, Stress) – keine innere Ursache im Sinne einer Synkope oder einer vergleichbaren Erscheinung mit Vollbeweis [435 - 455](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- feststellbar – das Vorliegen einer als Konkurrenzursache grundsätzlich in Frage kommenden Grunderkrankung reiche nicht aus – Unfallkausalität zwischen der Verrichtung zur Zeit des Unfalls und dem Unfallereignis sei daher zu vermuten – Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen – Urteil des Bayerischen LSG vom 14.01.2024 – L 3 U 132/21 – DOK 374.21
- 10 Schlag mit Vase auf Kopf des Vaters durch den von ihm gesetzlich betreuten erwachsenen Sohn in gemeinsamer Wohnung – Angriff resultierte aus Aufforderung, das Zimmer für Maßnahmen des Vermieters aufzuräumen – Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 a SGB VII [ehrenamtliche Tätigkeit] gegeben – unfallbringende Tätigkeit steht rechtlich wesentlich im sachlichen Zusammenhang mit Betreuungstätigkeit – hier: konkrete Sorge für die Gesundheit und die Aufenthaltsbestimmung – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 26.06.2023 – L 6 U 19/23 – DOK 311.10 [470 – 477](#)
- 10 Beidseitige Ruptur der Quadrizepssehne durch Sturz bei einem ehrenamtlichen Helfer – Unfallhergang nicht geeignet, derartige Verletzung zu verursachen – Gelegenheitsursache – degenerative Veränderungen medizinisch belegt – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 28.05.2024 – L 6 U 48/22 – DOK 375.0 [487 - 493](#)
- 10 Kniescheibenluxation beim Versuch, einen schweren Produktionstisch zu bewegen – trotz starker Vorschädigung des Knies wesentliche Ursächlichkeit der Verrichtung – Schadensanlage hier nicht so leicht ansprechbar, dass sie bei jeder austauschbaren geringfügigen Verrichtung zu einer derartigen Verletzung hätte führen können – Urteil des SG Frankfurt (Oder) vom 20.02.2024 – S 18 U 74/22 – DOK 375.323 [494 - 500](#)
- 11 Gemeinsame Fahrt von Eheleuten mit dem Motorrad nach Urlaubsabwesenheit zur beruflichen Tätigkeit im Autohaus – bei Verkehrsunfall Ehefrau schwer und Ehemann tödlich verletzt – Klage und Berufung der Ehefrau u. a. auf Zahlung von Hinterbliebenenleistungen abgewiesen – Aufhebung des Berufungsurteils durch das BSG und Zurückverweisung an das LSG – nunmehr Anerkennung eines Versicherungsfalls durch das LSG – Ehemann war zum Unfallzeitpunkt auf einem Betriebsweg, da er die objektivierbare Absicht hatte, die Klägerin im Unternehmensinteresse direkt zur Arbeitsstätte zu fahren – Ehemann befand sich zudem auf [510 – 523](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski,
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- einem mit der versicherten Tätigkeit zusammenhängenden unmittelbaren Wege nach dem Ort der Tätigkeit – die objektivierbare Handlungstendenz lag vor direkt zur Betriebsstätte zu gelangen, um dort selbst betriebsdienliche Tätigkeiten aufzunehmen – BSG hat Rechtsprechung zum „wertenden Angemessenheits-vergleich“ mit der üblichen Wegstrecke beim „dritten Ort“ zwischenzeitlich aufgegeben – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 31.01.2024 – L 21 U 202/21 ZVW – DOK 371.1:372.11
- 11 Arbeitsunfall mit PTBS bei einem Bahnbediensteten – Traumatisierung durch Erleben eines entgleisten herannahenden Zuges – auch wenn B-Kriterium nicht eindeutig feststellbar – Traum geeignet und rechtfertigt Rückschluss auf Zusammenhang zu aufgetretenen Beschwerden – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 04.07.2024 – L 3 U 24/20 – DOK 371:375 [524 – 546](#)
- 12 Gastronomieleiter einer Krankenhausküche lässt sich im Krankenhaus freiwillig gegen Grippe impfen – Jahre später erkrankt er u. a. an Fieberschüben – Versicherungsschutz für Impfung nicht generell ausgeschlossen – Zurückverweisung an das Instanzgericht zwecks Prüfung, ob ein Zusammenhang mit der betrieblichen Tätigkeit bestand – Urteil des BSG vom 27.06.2024 – B 2 U 3/22R – DOK 370:374.3 [594 - 603](#)
- 12 Unfall einer Fahrdienstleiterin der Deutschen Bahn beim Kauf von Hörgerätebatterien – arbeitsvertragliche Nebenpflicht, ein funktionierendes und mit intakten Batterien versehenes Hörgerät zu tragen – aufgrund dessen Kauf der Hörgerätebatterien als Betriebsweg unter Versicherungsschutz – Kauf zwar auch privat motiviert aber ebenso zur Erfüllung der arbeitsvertraglichen Pflicht – Hörgeräte sind keine Arbeitsgeräte im Sinne von § 8 Abs. 2 Nr. 5 SGB VII – es liegt auch keine unversicherte Vorbereitungshandlung vor – Urteil des BSG vom 27.06.2024 – B 2 U 8/22 R – DOK 371.1:371.8:372.12:374.17 [604 - 611](#)
- 12 Tödlicher Unfall beim Überrollt werden durch eigenen PKW – auf Weg zum Geschäftsbesuch Anhalten auf einem Waldweg zum Verrichten der Notdurft – beim Versuch das wegrollende Fahrzeug aufzuhalten getötet – kein Versicherungsschutz, da eine versicherte Tätigkeit bei der unfallbringenden Handlung nicht erwiesen ist – Verrichten der Notdurft eigenwirtschaftlich – Urteil des LSG [612 - 632](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Baden-Württemberg vom 14.12.2023 – L 6 U 1484/23 – DOK
372.12:46:47

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Wegeunfall

- 02 Tödlicher Unfall eines Versicherten auf einem abschüssigen Waldweg – typischen Beweisschwierigkeiten bei einem tödlichen Unfallereignis eines allein tätigen Versicherten ohne Unfallzeugen ist im Rahmen der Beweismwürdigung Rechnung zu tragen – Versicherter befand sich auf einem versicherten Arbeitsweg – Umweg wegen Zweck und Geringfügigkeit noch versichert – Unterbrechung des versicherten Weges durch Abbiegen in einen Waldweg – Verrichten der Notdurft private Tätigkeit – Aufhalten des während der Unterbrechung wegrollenden Fahrzeugs führt nicht zum vorzeitigen Aufleben des Versicherungsschutzes – Grundsätze zu einem Fortbestehen des Versicherungsschutzes bei einer pannenbedingten Reparatur auf einem Arbeitsweg nicht anwendbar – Revision zugelassen – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 25.09.2023 – L 1 U 1485/23 – DOK 372.12:374.28 [41 - 53](#)
- 03 Unfall einer Bestattungsfachkraft auf dem Rückweg von einem Bestattungsvorsorgegespräch in die Filiale seines Arbeitgebers – versicherter Betriebsweg nach § 8 Abs. 1 SGB VII – zum Unfallzeitpunkt war die Handlungstendenz des Klägers auf das Tanken seines Fahrzeugs gerichtet – verbrauchsbedingtes Auftanken eines Pkw gehört als typische Vorbereitungshandlung in der Regel zu der rein eigenwirtschaftlichen Risikosphäre des Versicherten und unterfällt nicht der Wegeunfallversicherung – Tanken auf einem Betriebsweg ist bei natürlicher Betrachtungsweise aber als Teil der versicherten Tätigkeit anzusehen – es gibt keine Beweisregel, dass frühere Angaben einen höheren Beweiswert haben – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 11.12.2023 – L 2 U 27/23 – DOK 371.11 [89 - 97](#)
- 04 Anerkennung eines Wegeunfalls – Verlassen des unmittelbaren Wegs zum Einkaufen – nach Abschluss der Einkäufe anderen direkten Heimweg gewählt – kein Abweg – Rücknahme der Berufung in der mündlichen Verhandlung des Revisionsverfahrens beim BSG – Terminbericht des BSG vom 21.03.2024 – B 2 U 17/21 R – DOK 185.6:186.2:372.12:374.28 [137](#)
- 07 Unfall beim Verbringen des Kindes zu einem gemeinsamen Treffpunkt anderer Schulkinder – kein Verbringen des Kindes wegen der Berufstätigkeit in fremde Obhut i. S. d. § 8 Abs. 2 Nr. 2a SGB VII – [325 - 334](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski,
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- die Sicherheitsinteressen der Tochter sind als eigenwirtschaftlich im unfallversicherungsrechtlichen Sinne zu werten – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 22.02.2024 – L 10 U 3232/21 – DOK 372.61
- 08 Verkehrsunfall auf dem Weg zur Arbeit – nicht den kürzesten Weg gewählt – Wegeverlängerung von 4 auf 7 Km (75 Prozent) – keine objektiven Gründe feststellbar, die Versicherungsschutz auf der längeren Strecke begründen könnten – Beweislosigkeit geht zu Lasten des Klägers, da es sich um anspruchsbegründende Tatsachen handelt – Kläger befand sich zum Unfallzeitpunkt auf einem unversicherter Umweg – weitere Ermittlungen zum Grund des Wendedens und der Glaubhaftigkeit des Klägers nicht erforderlich – Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 12.04.2024 – L 14 U 104/19 – DOK 372.12 [361 - 370](#)
- 10 Ablehnung eines Wegeunfalls – Verlassen des unmittelbaren Wegs wegen Orientierungslosigkeit infolge diabetesbedingter Unterzuckerung – irrtümlicher Abweg – Abweg nur ausnahmsweise versichert, wenn Abweichung aus Gründen geschieht, die mit dem Zurücklegen des versicherten Weges, insbesondere seiner Beschaffenheit in Zusammenhang stehen – unerheblich, dass der Kläger sich auf dem aus innerer Ursache eingeschlagenen Abweg subjektiv weiter mit der Handlungstendenz seine Wohnung erreichen zu wollen, weiterbewegte – Revision zugelassen – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 12.04.2024 – L 14 U 164/21 – DOK 372.12:374.28 [478 - 486](#)
- 11 Gemeinsame Fahrt von Eheleuten mit dem Motorrad nach Urlaubsabwesenheit zur beruflichen Tätigkeit im Autohaus – bei Verkehrsunfall Ehefrau schwer und Ehemann tödlich verletzt – Klage und Berufung der Ehefrau u. a. auf Zahlung von Hinterbliebenenleistungen abgewiesen – Aufhebung des Berufungsurteils durch das BSG und Zurückverweisung an das LSG – nunmehr Anerkennung eines Versicherungsfalls durch das LSG – Ehemann war zum Unfallzeitpunkt auf einem Betriebsweg, da er die objektivierbare Absicht hatte, die Klägerin im Unternehmensinteresse direkt zur Arbeitsstätte zu fahren – Ehemann befand sich zudem auf einem mit der versicherten Tätigkeit zusammenhängenden unmittelbaren Wege nach dem Ort der Tätigkeit – die objektivierbare Handlungstendenz [510 – 523](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

lag vor direkt zur Betriebsstätte zu gelangen, um dort selbst betriebsdienliche Tätigkeiten aufzunehmen – BSG hat Rechtsprechung zum „wertenden Angemessenheits-vergleich“ mit der üblichen Wegstrecke beim „dritten Ort“ zwischenzeitlich aufgegeben – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 31.01.2024 – L 21 U 202/21 ZVW – DOK 371.1:372.11

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Berufskrankheiten

- 02 Klägerin macht nach Fortfall des Unterlassungszwangs die Anerkennung ihrer Hautkrankheit als BK geltend – zugrundeliegender Bescheid aus dem Jahr 2015 wird vom LSG als Entscheidung nach § 9 Abs. 4 SGB VII a.F. ausgelegt – bei dieser Einschätzung ist eine erneute (aktuelle) Prüfung der Tatbestandsvoraussetzungen „schwer oder wiederholt rückfällig“ nicht zulässig – Urteil des LSG Thüringen vom 11.05.2023 – L 1 U 381/21 – DOK 376.3-5101;376.7 [67 - 73](#)
- 03 Feststellungsurteile entwickeln keine höhere Rechtskraft als Urteile anderer Klagearten – Zugunstenverfahren zur Überprüfung des Vorliegens einer BK Nr. 2108 ist aufgehoben und zur erneuten Überprüfung zurückgewiesen worden – Urteil des BSG vom 27.09.2023 – B 2 U 13/21 R – DOK 143.261-2108:185 [74 - 88](#)
- 03 Anerkennung eines Harnblasenkarzinoms als BK Nr. 1301 bei einem Schweißer und ehemaligen Raucher – keine Mindesteinwirkungsdosis bei dieser BK nach aktuellem wissenschaftlichen Erkenntnisstand bestimmbar – Abstellen auf TRK-Wert als Mindestdosis unzulässig – bei Ausschluss relevanter außerberuflicher Faktoren ist Kausalität zwischen beruflicher Exposition und Krankheit anzuerkennen – Urteil des BSG vom 27.09.2023 – B 2 U 8/21 R – DOK 376.3-1301 [98 - 108](#)
- 04 Anerkennung der Kehlkopfkrebserkrankung bei einem Schweißer als BK Nr. 1103 – trotz Nikotinkonsums berufliche Einwirkungen hinreichend wahrscheinliche Ursache der Erkrankung – Rücknahme der Berufung in der mündlichen Verhandlung des Revisionsverfahrens beim BSG – Terminbericht des BSG vom 21.03.2024 – B 2 U 18/21 R – DOK 185.6: 186.2:376.3-1103 [138](#)
- 04 Zahnarthelferin mit Polyneuropathie begehrt Anerkennung der Erkrankung als BK Nr. 1102 – arbeitstechnische Voraussetzungen nicht erfüllt – Exposition unterhalb der Arbeitsplatzgrenzwerte und den TRGS-Grenzwerten – BK typisches Krankheitsbild aufgrund dessen gar nicht mehr zu prüfen – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 21.01.2022 – L 21 U 69/16 – DOK 376.3-1102 [139 - 152](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski,
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
04 Technische Zeichnerin begehrt Anerkennung ihrer Rhinopathie und Beeinträchtigung des Geruchssinns als Folge der anerkannten BK Nr. 4302 – Rhinopathie ist bei der BK Nr. 4302 tatbestandlich nicht als Folge verortet – für die Anerkennung nach § 9 Abs. 2 SGB VII liegen keine wissenschaftlichen Erkenntnisse vor, dass ein Zusammenhang zu einer beruflichen Ammoniakexposition besteht – Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung der Sache zugelassen – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 15.11.2023 – L 6 U 25/20 – DOK 376:3-4302.376:6	153 - 164
05 Basalzellkarzinom im Gesicht eines Starkstromelektrikers, der jahrzehntelang im Freiluftbereich an Außenanlagen tätig war – keine Anerkennung einer BK Nr. 5103, aber Anerkennung einer „Wie-BK“ – Voraussetzungen des § 9 Abs. 2 SGB VII liegen zum 10.09.2020 mit Veröffentlichung einer maßgeblichen medizinischen Studie zum Basalzellkarzinom vor – keine Sperrwirkung aufgrund Befassung des ärztlichen Sachverständigenbeirats beim BMAS zu dieser Frage, da Entscheidung dieses Gremiums nicht in einem sozial verträglichen Zeitraum zu erwarten ist – Revision zugelassen – Urteil des LSG Schleswig-Holstein vom 21.08.2023 – L 8 U 7/20 – DOK 376.6	215 - 231
06 Bandscheibenschaden bei einem ehemaligen Betonsanierer – arbeitstechnische Voraussetzungen mit 30,7 MNh für eine BK-Nr. 2108 zwar erfüllt – es fehlt aber an einem gemäß den Konsensempfehlungen notwendigen mehrsegmentalen Schaden – dies muss nach weitgehend übereinstimmender Auffassung ein mehr als zwei-segmentaler Schaden sein, um das erste Zusatzkriterium der B2-Konstellation zu erfüllen – liegen die arbeitsmedizinischen Voraussetzungen erst 7 Jahre nach Aufgabe der bandscheibenbelastenden Tätigkeit vor, kann ein Zusammenhang mit der beruflichen Belastung nicht mehr begründet werden – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 16.11.2023 – L 10 U 2177/19 – DOK 376.3-2108	301 - 310
11 Akute myeloische Leukämie bei einem Raumausstatter und Fußbodenleger – Gesamtexpositionszeit gegenüber Benzol nur 5,5 ppm-Jahre – arbeitstechnische Voraussetzungen für Anerkennung der Erkrankung als BK Nr. 1318 damit nicht gegeben – BK-Merkblätter und med. Fachliteratur gehen im Mindestmaß von 8 ppm-Jahren aus – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 18.06.2024 – L 3 U 216/21 – DOK 376.3-1318	547 – 565

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- 12 Arsenbedingte Erkrankung bei einem Glasbläser – trotz möglicher außerberuflicher Ursachen, Anerkennung der Erkrankung als BK Nr. 1108 (Erkrankungen durch Arsen oder seine Verbindungen) – strenge Orientierung am Urteil des BSG vom 27.09.2023 - B 2 U 8/21 R - trotz kritischer Sicht des Senats auf diese Entscheidung – Urteil des Bayerischen LSG vom 14.08.2024 – L 2 U 438/16 – DOK 376.3-1108 [633 - 665](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski,
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

MdE / Rente / haftungsausfüllende Kausalität

- 02 Postzusteller bricht sich bei der Arbeit den Schienbeinkopf – Unfallfolgen auf orthopädisch-chirurgischem Gebiet nach knapp einem halben Jahr überwunden – später psychogene Beeinträchtigungen – Folgen auf neurologisch-psychiatrischem Fachgebiet sind nicht rechtlich wesentlich auf den Arbeitsunfall zurückzuführen – keine Anerkennung von Gesundheitsstörungen, die wahrscheinlich simuliert sind – Urteil des Hessischen LSG vom 02.06.2023 – L 9 U 205/19 – DOK 375 [54 - 66](#)
- 03 Versicherungsfall einer städtischen Angestellten mit Daumenverletzung – Heranziehung der neugefassten MdE-Tabellen nach der Konsensempfehlung von Oktober 2019 – neue MdE-Werte auch eingeflossen in aktuelle unfallversicherungsrechtliche und unfallmedizinische Literatur – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 13.12.2023 – L 3 U 865/22 – DOK 451:431.4 [118 - 136](#)
- 04 Verschlimmerung von Unfallfolgen nach Abfindung einer Rente auf Lebenszeit – Vergleichsgutachten ist das Rentengutachten, das zur letzten bindend gewordenen Feststellung des Gesundheitszustandes erstattet wurde – spätere Gutachten, die nicht zu bindenden Feststellungen führten, sind nicht maßgeblich – eine tatsächliche Änderung ist dann nicht wesentlich, wenn ein Verwaltungsakt, so wie er ursprünglich erlassen wurde, auch nach der aktuell zu bewertenden Sach- und Rechtslage ergehen würde – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 14.12.2023 – L 10 U 1892/21 – DOK 482.2 [165 - 179](#)
- 05 Versicherter mit Beinfrakturen macht 16 Jahre nach dem Unfall Verschlimmerung geltend – UV-Träger lehnt Verschlimmerungsantrag ab – LSG bestätigt die Entscheidung – maßgeblich ist der Vergleich zweier unfallbedingter Befunde: der der letzten bindenden Entscheidung und der aktuelle Zustand – übliche, mit der Verletzung einhergehende Schmerzen sind als Begleitsymptome in den MdE-Tabellen bereits berücksichtigt – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 14.12.2023 – L 10 U 1430/20 – DOK 143.265:375:482.2 [180 - 194](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski,
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
05 Versicherte leidet nach Nierenspende an chronischem Erschöpfungssyndrom – generelle Geeignetheit einer Lebendniere spende für die Verursachung eines chronischen Erschöpfungssyndroms anerkannt – damit Voraussetzung für Kausalitätsvermutung des § 12 a SGB VII gegeben – Krankheitsbild ist Spätfolge der Organspende – Anspruch der Klägerin auf Versichertenrente nach einer MdE v. 20 v. H. – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 17.01.2023 – L 3 U 233/18 – DOK 311.132:375.23	195 - 214
06 Beschäftigter in einer Behindertenwerkstatt begehrt Anerkennung einer phobischen Angststörung als Unfallfolge einer Knie luxation – Gutachter sieht Störung als nicht bewiesen an – vielmehr Vorliegen einer dissoziativen Bewegungsstörung, die auf frühkindliche Schädigungen und Spastiken zurückzuführen ist – keine Anerkennung weiterer Unfallfolgen und (Weiter-) Zahlung einer Versichertenrente – Urteil des LSG Thüringen vom 11.05.2023 – L 1 U 129/20 – DOK 375	291 - 300
11 Arbeitsunfall mit PTBS bei einem Bahnbediensteten – Traumatisierung durch Erleben eines entgleisten herannahenden Zuges – auch wenn B-Kriterium nicht eindeutig feststellbar – Traum geeignet und rechtfertigt Rückschluss auf Zusammenhang zu aufgetretenen Beschwerden – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 04.07.2024 – L 3 U 24/20 – DOK 371:375	524 – 546

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Heilbehandlung / sonstige Leistungen / allgemeines Leistungsrecht (SGB I)

- 02 Erbin eines Versicherten begehrt im Überprüfungsverfahren die Zahlung einer BK-Rente – beklagter UV-Träger lehnt dies mangels Vorliegens der Voraussetzungen der Sonderrechtsnachfolge ab – darüber hinaus ist selbst bei Bestehen dieser Voraussetzungen keine BK-Rente zu zahlen, da § 44 Abs. 4 SGB X die Zahlung von Leistungen für weiter als 4 Jahre in der Vergangenheit liegende Renten verhindert – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 29.06.2022 – L 17 U 36/21 – DOK 143.261:401.08 [26 - 30](#)
- 02 Blutspender schädigt sich bei der Einnahme am vom Blutspendedienst bereitgestellten Essen einen Zahn – Kostenerstattung der Zahnbehandlung analog § 13 SGB V scheitert daran, dass weder eine unaufschiebbare Leistung nicht rechtzeitig erbracht worden ist, noch eine Leistung zu Unrecht abgelehnt wurde – im Übrigen auch kein Versicherungstatbestand erfüllt – denn für Nahrungsaufnahme nach dem Blutspenden gibt es keine medizinische Notwendigkeit – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 17.08.2023 – L 6 U 88/22 – DOK 311.132:375.2:412.13 [31 - 40](#)
- 03 Kläger mit Arbeitsunfall während einer Tätigkeit im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes begehrt höheres Verletztengeld – 5 Wochen vorher hatte er Krankengeld und davor Arbeitslosengeld bezogen – keine andere gesetzliche Möglichkeit vorhanden, als das für die Verletztengeldberechnung maßgebliche Regelentgelt auf Basis der 200 Euro monatlich gezahlten „Taschengeldes“ während des Freiwilligendienstes zu berechnen – Urteil des LSG Thüringen vom 19.10.2023 – L 1 U 708/22 – DOK 432 [109 - 117](#)
- 05 Kläger erleidet bei Arbeitsunfall Distorsion des Sprunggelenks mit Außenbandriss – daraufhin jahrelang Behandlung mit Krankengymnastik und Lymphdrainage – nach Einstellung derselben Klage auf Weitergewährung dieser Behandlungsformen – LSG weist Berufung auf unbefristete Erstattung von Krankengymnastik und Lymphdrainage zurück – eine derartige Entscheidung ist rechtlich nicht zulässig – zudem rechtfertigt der aktuelle Befund beim Kläger nicht die Verordnung der begehrten Maßnahmen – Urteil des LSG [232 - 238](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski,
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Baden-Württemberg vom 24.04.2023 – L 1 U 1005/22 –
DOK 412.46:412.52:413

- 07 Freiwillig gesetzlich Versicherter begehrt ein höheres Krankengeld von der Krankenversicherung – die vom Kläger erzielten unregelmäßigen Zulagen (hier in Höhe von 15 %) sind nicht dem Regelentgelt hinzuzurechnen – kein Verstoß gegen das Gebot der Gleichbehandlung (Art. 3 GG) – es ist ein anderer Regelungsgegenstand betroffen, als bei den vom Versicherten zum Vergleich herangezogenen Bereichen (Berechnung der Geldstrafe im Strafverfahren, Unterhaltszahlungsberechnung, Einkommenssteuerberechnung) – Berechnungsvorgabe des § 47 SGB V dient auch dem Zweck, den Leistungsbezieher während der Arbeitsunfähigkeit nicht besser zu stellen als beim Bezug von Entgelt – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 13.12.2023 – L 5 KR 3231/21 – DOK 432 [335 – 341](#)
- 11 Selbständiger Versicherter erleidet eine Außenbandruptur bei einem versicherten Jagdunfall – Bezug von Arbeitseinkommen nicht nachweisbar – zudem war er zuletzt nur administrativ und nicht schwer körperlich tätig – damit kein Anspruch auf Verletztengeld begründbar – zwischenzeitlich gezahlter Vorschuss ist zurückzahlen – Beschluss des LSG Baden-Württemberg vom 29.07.2024 – L 10 U 2287/22 – DOK 401.05:431.11:432.3 [566 – 584](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Zuständigkeit / UV-Pflichtmitgliedschaft

- 09 Beitragsstreit – Besonderheit, dass UV-Träger Nachweise für die ersten Jahre nicht mehr zur Verfügung hat – gemäß der 2011 geänderten Satzung ist eine weitere Mitgliedschaft nur gegeben, wenn diese formell festgestellt ist – Nachweis hier nicht möglich – daher sind Beiträge ab 2011 zurückzuerstatten und der anfangs allein streitgegenständliche Beitragsbescheid für das Jahr 2015 zurückzunehmen – eine Klageänderung im Berufungsverfahren ist zulässig – Urteil des Hessischen LSG vom 18.07.2023 – L 3 U 204/19 – DOK 143.261:185.3:322:326 [398 - 415](#)
- 09 Streit wegen Veranlagung eines Unternehmens der Arbeitnehmerüberlassung zur Gefahrarbeitsstelle „Steinkohlebergbau“ und daraus resultierenden hohen Beiträgen – Veranlagung ist rechtmäßig, da maßgeblich die Beurteilung der bei der Arbeit bestehenden Gefahren ist – arbeitsrechtlicher Status als Leiharbeiter insoweit nicht bedeutsam – hier monostrukturelle Arbeitnehmerüberlassung – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 24.01.2024 – L 10 U 456/22 – DOK 523.45:541 [456 - 469](#)

Beitrag

- 09 Beitragsstreit – Besonderheit, dass UV-Träger Nachweise für die ersten Jahre nicht mehr zur Verfügung hat – gemäß der 2011 geänderten Satzung ist eine weitere Mitgliedschaft nur gegeben, wenn diese formell festgestellt ist – Nachweis hier nicht möglich – daher sind Beiträge ab 2011 zurückzuerstatten und der anfangs allein streitgegenständliche Beitragsbescheid für das Jahr 2015 zurückzunehmen – eine Klageänderung im Berufungsverfahren ist zulässig – Urteil des Hessischen LSG vom 18.07.2023 – L 3 U 204/19 – DOK 143.261:185.3:322:326 [398 - 415](#)
- 09 Streit wegen Veranlagung eines Unternehmens der Arbeitnehmerüberlassung zur Gefahrarbeitsstelle „Steinkohlebergbau“ und daraus resultierenden hohen Beiträgen – Veranlagung ist rechtmäßig, da maßgeblich die Beurteilung der bei der Arbeit bestehenden Gefahren ist – arbeitsrechtlicher Status als Leiharbeiter insoweit nicht bedeutsam – hier monostrukturelle Arbeitnehmerüberlassung – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 24.01.2024 – L 10 U 456/22 – DOK 523.45:541 [456 - 469](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski,
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Regress / Haftungsbeschränkung

- 10 Unfall bei Pannenhilfe – Pannenhelfer verursacht Tod des Fahrzeughalters - UV-Träger erbringt Leistungen an Hinterbliebene für diesen Wegeunfall – Haftungsprivileg gem. § 105 Abs. 1 S. 2 SGB VII kommt zum Tragen, da Pannenhelfer im „Unternehmen“ der privaten Fahrzeughaltung des Geschädigten tätig wurde – ein Ausnahmefall des Haftungsprivilegs liegt nicht vor – Urteil des OLG Saarbrücken vom 12.07.2024 – 3 U 59/23 – DOK 754.1 [501 - 509](#)

Verwaltungsverfahren (SGB X)

- 02 Erbin eines Versicherten begehrt im Überprüfungsverfahren die Zahlung einer BK-Rente – beklagter UV-Träger lehnt dies mangels Vorliegens der Voraussetzungen der Sonderrechtsnachfolge ab – darüber hinaus ist selbst bei Bestehen dieser Voraussetzungen keine BK-Rente zu zahlen, da § 44 Abs. 4 SGB X die Zahlung von Leistungen für weiter als 4 Jahre in der Vergangenheit liegende Renten verhindert – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 29.06.2022 – L 17 U 36/21 – DOK 143.261:401.08 [26 - 30](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Sozialgerichtsverfahren (SGG)

- 03 Feststellungsurteile entwickeln keine höhere Rechtskraft als Urteile anderer Klagearten – Zugunstenverfahren zur Überprüfung des Vorliegens einer BK Nr. 2108 ist aufgehoben und zur erneuten Überprüfung zurückgewiesen worden – Urteil des BSG vom 27.09.2023 – B 2 U 13/21 R – DOK 143.261-2108:185 [74 - 88](#)
- 07 Kostenübernahme eines nach § 109 SGG eingeholten Gutachtens auch dann zu übernehmen, wenn ein solches gar nicht hätte eingeholt werden dürfen – unrichtige Sachbehandlung durch das Gericht führt zur Notwendigkeit der Kostenübernahme durch die Staatskasse – Beschluss des Bayerischen LSG vom 17.04.2024 – L 17 U 40/24 B – DOK 187 [311 - 314](#)
- 08 Verfassungsbeschwerde gegen Ablehnung eines Befangenheitsantrages im sozialgerichtlichen Verfahren – Annahme zur Entscheidung abgelehnt – Grundsatz der Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde nicht beachtet – auch kein Ausnahmefall gegeben, da kein bleibender rechtlicher Nachteil zu befürchten ist – Befragung bei den oberen Fachgerichten ergab diese Bewertung – Beschluss des BVerfG vom 05.12.2023 – 1 BvR 2221/22 – DOK 186.3 [344 - 349](#)
- 12 Aufsichtsrechtlicher Verpflichtungsbescheid gegenüber Landesunfallkasse – Überlassung von Dienst-PKW zum persönlichen Gebrauch der Mitarbeiter ist nicht mit den Aufgaben der gesetzlichen Unfallversicherung vereinbar – Revision ist begründet – zwar Verstöße der Klägerin gegeben, aber dem Verpflichtungsbescheid mangelt es am zwingend notwendigen Auswahlermessen – Urteil des BSG vom 27.06.2024 – B 2 A 1/22 R – DOK 121.713: 121.723: 185.1 [585 - 593](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski,
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Sonstiges Verfahrensrecht

- 02 Erbin eines Versicherten begehrt im Überprüfungsverfahren die Zahlung einer BK-Rente – beklagter UV-Träger lehnt dies mangels Vorliegens der Voraussetzungen der Sonderrechtsnachfolge ab – darüber hinaus ist selbst bei Bestehen dieser Voraussetzungen keine BK-Rente zu zahlen, da § 44 Abs. 4 SGB X die Zahlung von Leistungen für weiter als 4 Jahre in der Vergangenheit liegende Renten verhindert – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 29.06.2022 – L 17 U 36/21 – DOK 143.261:401.08 [26 - 30](#)

Hinterbliebenenleistungen

- 12 Tödlicher Unfall beim Überrollt werden durch eigenen PKW – auf Weg zum Geschäftsbesuch Anhalten auf einem Waldweg zum Verrichten der Notdurft – beim Versuch das wegrollende Fahrzeug aufzuhalten getötet – kein Versicherungsschutz, da eine versicherte Tätigkeit bei der unfallbringenden Handlung nicht erwiesen ist – Verrichten der Notdurft eigenwirtschaftlich – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 14.12.2023 – L 6 U 1484/23 – DOK 372.12:46:47 [612 - 632](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski,
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite